

Die Rechte der Bäuerinnen und Bauern in der Mühle der Wertschöpfungskette

Autor(en): **Hürlimann, Christine / Minkner, Ulrike**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **75 (2020)**

Heft 4

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-976487>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Rechte der Bäuerinnen und Bauern in der Mühle der Wertschöpfungskette

Christine Hürlimann und Ulrike Minkner. Sie ist bereits Tradition, die Tagung zum Welternährungstag in Bern. Dieses Jahr standen die Menschenrechte im Mittelpunkt, genauer gesagt die 2018 verabschiedete Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Bäuerinnen und Bauern (UNDROP). Die Rechte derer also, **die den grössten Anteil zu unserer Nahrungsmittelproduktion beitragen, aber mit dem kleinsten Teil der Wertschöpfung abgespeist werden.** Hier setzt diese Erklärung an und soll den Weg für ein nachhaltiges, resilientes und soziales Nahrungsmittelsystem ebnen, im globalen Süden und im Norden.

Ein Überblick

Ana-Maria Suarez vom FoodFirst Information and Action Network (FIAN) sagte: Menschenrechte sollen auch für Kleinbäuerinnen und -bauern und andere Menschen ländlicher Regionen gelten. Dass diese Forderung bis heute keine Selbstverständlichkeit ist, liegt am System:

Das dominante Ernährungssystem, die ganze globale Lebensmittelkette, sei nicht effektiv im Kampf gegen Hunger, im Gegenteil: Die Gesundheits- und Umweltkosten der globalisierten Ernährungswirtschaft werden sozialisiert und die Gewinne von privaten Akteuren abgesahnt. Wie krisenanfällig internationale Wertschöpfungsketten sind, hat Covid-19 bereits vorgeführt. Die FAO, das WFP, UNICEF und WHO gehen davon aus, dass – zusätzlich zu den bereits 820 Millionen Hungernden – weitere bis zu 130 Millionen Menschen in den Hunger getrieben

werden. Weltweit leidet dann jeder achte Mensch an Hunger!

Das zu ändern erfordert einen Paradigmenwechsel. Dazu brauche es

- die weltweite aktive Förderung von Kleinbetrieben, Küstenfischern und Landarbeitenden.
- Agroökologie statt Agrobusiness.
- Politische Teilhabe der Kleinbauern und Landarbeitenden und Schutz und Regeneration der Umwelt.

Es brauche eine Rechenschaftspflicht für eine menschenrechtsbasierte Durchsetzung dieser Forderungen, der Frauenrechte, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Umverteilung von Reichtum. Der Schweiz komme dabei eine besondere Rolle zu, weil sie als eines der wenigen Industrieländer die UNO-Deklaration zu den Bauernrechten unterzeichnet hat.

Grosse Erfolge in Mali

Mamadou Goïta vom Institut de Recherche et de Promotion des Alternatives en Développement in Mali berichtete: Die wichtigste Aufgabe der Landwirtschaft ist, die Bevölkerung zu ernähren. Die zweite dann, Arbeitsplätze zu schaffen und Einkommen zu generieren. Dazu ist ein System der Ernährungssouveränität, wie sie die Via Campesina definiert hat, ideal, verbindet es doch die drei Sektoren Produktion, Konsumation und Gewerbe.

«Wir wollen wissen, woher unser Essen kommt und wie es produziert wurde. Wir wollen selber bestimmen, was wir essen. Wir wollen nicht, dass internationale Konzerne unser Ernährungssystem bestimmen», sagte Mamadou Goïta. «Die Ernährungssouveränität ermöglicht das und war deshalb eine Grundsatzwahl.»

Heute unterstützt und fördert die malische Regierung die Ernährungssouveränität. Doch dahin war es ein langer Weg. Um auf nationaler Ebene eine holistische Ernährungssouveränität aufzubauen, habe man zuerst die Kleinbauern und Landarbeiter/innen zu einer Bauernbewe-

gung mit einheitlichen Forderungen und klarer Strategie organisieren müssen, sei Bündnisse mit Forschern und anderen Organisationen eingegangen, um die Regierung mit Recherchen, Fakten und Analysen zu bedienen und von den Vorteilen eines auf der Ernährungssouveränität gebauten Ernährungssystems zu überzeugen. Seit 2006 ist die Ernährungssouveränität im malischen Gesetz verankert und allmählich findet sie ihren Platz in der staatlichen Politik. Mehr noch: Heute habe Mali eine Vorbildfunktion in der Region und zeige, dass mit lokalem Wirtschaften, mit kleinen Kreisläufen und mit einem regionalen Ernährungssystem mehr Menschen eingebunden sind und weniger Menschen Hunger leiden.

Wieso braucht's eine UNDROP?

UNDROP, die Deklaration über die Rechte der Bäuerinnen und Bauern und anderer Menschen, die in ländlichen Regionen wohnen und arbeiten, basiert auf der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und der UNO-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker. Es geht um das Recht auf Information und Bildung, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, den Zugang zu Saatgut, zu Bildung und zu Land, das Recht auf Arbeit und ein anständiges Leben. Alles Themen, die nicht nur im globalen Süden, sondern gleich hier vor unserer Haustür gelebt werden wollen. Es geht um die internationale Anerkennung dieser Rechte und ihrer Umsetzungsnotwendigkeit.

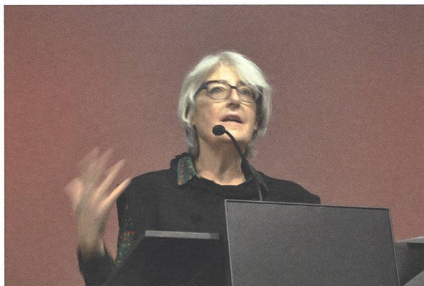
UNDROP als Referenz in Projekten

Einige Schweizer Städte fördern nachhaltigere Ernährungssysteme. Alessandra Roveri (Biovision) diskutierte mit Patricia Bidaux (MA-Terre, Maison de l'Alimentation Territoriale, Genf), Alexis Dubout (Landwirtschaft mit Zukunft), Michel Roux (Co-Präsident Ernährungsforum Zürich). Basierend auf dem Artikel der UNDROP Artikel 13.3 (Recht auf Arbeit) und dem Artikel 15 (Recht auf Ernährungssouveränität) wurde über Stadtentwicklungen diskutiert, die auf einem nachhaltigen Ernährungssystem aufbauen. In einigen Städten wie Lausanne, Genf und Zürich wird Folgendes versucht:



Mamadou Goïta wurde für sein Referat aus Mali eingezoomed.

Fotos: Mathias Stalder



*Geneviève Savogny von Via Campesina
Ana-Maria Suarez-Franco, FIAN International
Michelle Zufferey, uniterre (von oben nach unten).*

1. Sensibilisierung der Bevölkerung: Die Städter/innen sollen die Herausforderungen der Lebensmittelkette und lokalen Kreisläufe verstehen.

Die Stadt kann Brücken schlagen von der Bevölkerung zu den Produzent(inn)en ihrer Nahrungsmittel. Verschiedene erfolgreiche Beispiele wurden vorgestellt, so z.B. das Haus der Ernährung MATerre und das Projekt «Nourrir la Ville» in Genf, ein Mikrobauernhof in Lutry, die Quartiertafeln in Zürich. Auch Kochkurse für finanzschwache Haushalte wurden erwähnt und Kurse zur Kompostierung von organischem Material. Schritte, die zur Sensibilisierung zur Vermeidung von Foodwaste beitragen.

2. Vorbild: Die Stadt will als Vorbild vorangehen.

Die Städte mit all ihren Spitälern und Kantinen sind Grosskonsumenten. Gibts hier eine nachhaltige Speisekarte, so hat das grosse Auswirkungen und Vorbildcharakter für KonsumentInnen. Das gleiche gilt für die öffentliche Beschaffungspolitik, das Vermeiden von Foodwaste, die Abfallverwertung der Stadt.

3. Netzwerke und Initiativen unterstützen: Je breiter die Bevölkerung, die den Wandel unterstützt, desto nachhaltiger die Veränderung. Alle in der Diskussion vertretenen Städte unterstützen diverse private Initiativen und Projekte, von kleinen Nachbarschaftsgärten «Jardins de poche» in Lausanne bis hin zu Grossanlässen wie «Zürich isst gut». Diese Unterstützung, sei sie finanzieller oder organisatorischer Art, wird immer sehr gut aufgenommen und ermutigt die Bevölkerung, ihre Ideen vorzutragen und weiterzuentwickeln.

Faire Wertschöpfungsketten

Nathalie Oberson und Johannes Brunner (beide HAFL) diskutierten mit Berthe Darras (Lait Equitable), Sandra Dütschler (Gebana AG), Rahel Wyss (Equal Profit) und Martin Pidoux (BFH-HAFL). Die UNDROP Artikel 9.1 und 9.3 (Recht auf Vereinigungsfreiheit), 11 (Recht auf Information), 12.5 (Recht auf den Zugang zur Justiz), 13.3 (Recht auf Arbeit), 16 (Recht auf ein angemessenes Einkommen, gesicherten Lebensunterhalt und den Zugang zu Produktionsmitteln) bieten einen Rahmen für faire, transparente Wertschöpfungsketten.

Faire Preise sind die Grundlage für gerechte Lebensmittel. Jeder hat das Recht, anständig leben zu können. Das Panel «faire Wertschöpfungskette» empfiehlt Produzenten, sich wieder mehr zu Genossenschaften zusammen zu schliessen. Denn eine lokal organisierte genossenschaftliche Milchproduktion könnte z.B. kürzere Transportwege, bessere Vermarktungsmöglichkeiten durch Direktverkauf, aber auch eine bessere Verhandlungsposition für faire Milchpreise von den Einzelhändlern fördern.

Auf internationaler Ebene forderte das Panel grössere Transparenz über die tatsächlichen Produktionskosten und -bedingungen. Es soll den Endverbrauchern klar sein, wer die Akteure der Wertschöpfungskette sind und wie die Preise gemacht werden, damit sie selber bestimmen können, wer an ihrem Einkauf verdient.

«Wir kämpfen und werden weiter kämpfen, zum Beispiel mit Projekten wie die Faire Milch, um so ein gerechtes Einkommen zur Norm werden zu lassen!» schloss Berthe Darras (uniterre und Lait Equitable).

Food Sovereignty: The Alternative to Global Value Chains?

Tina Goethe (Brot für alle) diskutierte mit Henk Hobbelink (GRAIN), Johanna Herrigel (WIDE und UHZ), Silvie Lang (Public Eye), Geneviève Savigny (La Via Campesina), und Ana-Maria Suarez (FIAN intl). Die UNDROP deckt Ernährungssouveränität mit ihren Artikeln 9.1 und 9.3 (Recht auf Vereinigungsfreiheit), 11 (Recht auf Information), 12.5 (Recht auf den Zugang zu Justiz), und 15 (Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität) ab.

«Die internationale Wertschöpfungskette bringt den Konzernen die Wertschöpfung und den Bauern die Kette», 50 Prozent des globalen Getreidehandels wird über die Schweiz abgewickelt. «Transparenz allein nützt gar nichts. Wir müssen weg von den Ketten und hin zu Netzwerken.»

Dabei kommt UNDROP eine zentrale Bedeutung zu. Die Deklaration steckt den Rahmen für Frauenförderung in der Landwirtschaft, fordert Zugang zu Saatgut und andern Ressourcen, thematisiert Landnutzungsrechte, und das nicht nur im globalen Süden. Auch in Europa gibt es noch zahlreiche Kleinbauern/-bäuerinnen. Statt die in der Schweiz mittlerweile üblichen industriellen Ernährungssysteme zu exportieren, täten wir gut daran, **uns Anregungen von sozialen und ökologischen Ernährungssystemen aus den Schwellenländern und dem globalen Süden zu holen.** Denn solche Systeme würden, bei genügend Interesse und dem nötigen politischen Willen, durchaus auch bei uns funktionieren.

Fazit

Die Landwirtschaft steht im globalen Süden und in der Schweiz vor den gleichen Herausforderungen. Unabhängig davon, wo wir leben: Globale und lokale Lösungen können wir nur gemeinsam finden und dann zusammen versuchen, die globalisierte Katastrophe zu reparieren. Sylvie Bonvin-Sasonens, Kantonsrätin (Grüne) und Uniterre-Bäuerin, fasste die Tagung zusammen und schloss mit den Worten «Wir müssen die Ketten gemeinsam sprengen – uns vernetzen, und zusammen vorwärtsgehen». ●